

90 Jahre Peinlichkeit. Die „Republiksausstellung“ 2008 und der langsame Tod des „Hauses der Geschichte“ oder Rezension über Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky

(Hgg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament. Innsbruck/Wien/Bozen: Studien Verlag 2008. 636 Seiten

Thomas Geldmacher

Seit Ende der 1990er Jahre taucht immer wieder einmal das museale Phantom „Haus der Geschichte der Republik Österreich“ (kurz HGÖ) in den kulturpolitischen Debatten des Landes auf. Dahinter verbirgt sich der Wunsch, es Großbritannien, Deutschland und einigen anderen Staaten nachzutun und endlich ein österreichisches Nationalmuseum errichtet zu sehen. Was in diesem Nationalmuseum genau zu sehen sein sollte, darüber gehen die Meinungen sowohl auf politischer als auch auf wissenschaftlicher Ebene nach wie vor weit auseinander.

Leon Zelman, der langjährige Leiter des Jewish Welcome Service in Wien, entfachte 1996 die Debatte, indem er den Umbau des neben dem Parlament gelegenen Palais Epstein in ein »Haus der Toleranz« forderte. 1999 verfasste der Politikwissenschaftler Anton Pelinka im Auftrag des damaligen Wissenschaftsministers Caspar Einem (SPÖ) eine Machbarkeitsstudie für eine solche Institution. Als unmittelbare Antwort darauf ließ Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP) noch im selben Jahr den Grazer Historiker Stefan Karner ein eigenes Konzept ausarbeiten. Beide Papiere verstaubten zwar letztlich in ministerialen Schubladen, sorgten aber dennoch für aufgeregt geführte Debatten, die sich insbesondere an der Frage entzündeten, ob man das Dollfuß-Schuschnigg-Regime der Jahre 1933–1938 nun „Austrofaschismus“ oder „christlich-autoritären Ständestaat“ nennen solle.

Die FPÖ-ÖVP-Koalition des beginnenden 21. Jahrhunderts hatte ganz andere Sorgen, weshalb das Projekt, unter anderem eine Herzensangelegenheit des österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer, erst wieder im Jubiläumsjahr 2005 aus der Versenkung auftauchte. Die Feierlichkeiten um 50 Jahre Staatsvertrag und 60 Jahre Kriegsende zeitigten mitunter recht bizarre Auswüchse. Unter anderem rivalisierten gleich zwei Staatsvertragsausstellungen um die Gunst des Publikums: Während der ÖVP-nahe Stefan Karner in der niederösterreichischen Schallaburg die Schau »Österreich ist frei! Der Staatsvertrag 1955« gestaltete, zeigte eine Proponentengruppe rund um den

Industriellen und ehemaligen SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch im Wiener Belvedere »Das neue Österreich«. Das „Haus der Geschichte“, so eine damals ventilerte Idee, sollte aus der Synthese dieser beiden Ausstellungen hervorgehen.

Das war denn doch ein wenig zu simpel gedacht, weshalb in den Jahren 2006/07 eine Gruppe von HistorikerInnen unter der Leitung des ehemaligen Direktors des Historischen Museums der Stadt Wien, Günter Dürriegl, eine sogenannte Road-map zur Realisierung des Projektes HGÖ erstellte und diese auch international evaluieren ließ.

In diese Vorarbeiten platzte der überraschende Wahlsieg von Alfred Gusenbauer (SPÖ) Ende 2006. Dadurch verlor Stefan Karner, ein enger Freund des ÖVP-Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel, der nicht zuletzt deshalb bis zu diesem Zeitpunkt als der designierte Leiter des HGÖ galt, entscheidend an politischem Rückhalt.

Kurz gesagt, kam unter einem roten Bundeskanzler ein schwarzer Direktor des Renommierprojektes HGÖ nicht in Frage. Vor diesem politischen Hintergrund ist es daher plausibel, die Durchführung und inhaltliche Leitung der Ausstellung „Österreich. 90 Jahre Republik“, die vom 12. November 2008 bis 11. April 2009 im Parlament in Wien gezeigt wurde, als Abschiedsgeschenk und Trostpreis für Stefan Karner zu betrachten. Nur der damalige Vizekanzler Wilhelm Molterer, Nachfolger Wolfgang Schüssels als ÖVP-Vorsitzender, gab sich noch zuversichtlich: Die Arbeiten Karners seien „ein Vorgriff auf ein ›Haus der Geschichte‹. Die Vorarbeiten dafür wurden 2006 konkret begonnen. Der Erfolg der ‚Republik.Ausstellung 1918/2008‘ (dies die typografisch ausgefallenerere Variante des Ausstellungstitels, Anm.) wird ein wichtiger Meilenstein sein auf dem Weg zur Fertigstellung und Eröffnung“, schrieb er in seinem Geleitwort zum Beitragsband (S. 11).

Nun, in Anbetracht des zu rezensierenden Beitragsbandes, der sich mit einer Distanz von drei Jahren einigermaßen kurios liest, muss man dankbar dafür sein, dass allfällige Pläne zu einer Realisierung des HGÖ nicht diese Ausstellung zum Ausgangspunkt nehmen.

Mit insgesamt 54 Beiträgen auf über 600 Seiten versuchen Stefan Karner und sein Copilot Lorenz Mikoletzky, bis Ende 2011 Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, „die neunzig Jahre des Bestandes der Republik Österreich analytisch aufzubereiten, wobei [...] vor allem wichtige, bis heute wirksame Entwicklungsstränge dargestellt werden“ (S. 12). Dazu gliedern die beiden Herausgeber die Republik in die Kapitel „Politik und Demokratie“, „Territorialfragen“, „Wirtschaft“, „Soziales – Bildung – Wissenschaft“, „Kirchen und Religionsgemeinschaften“, „Kunst und Kultur“, „Das Militär in Politik und Gesellschaft“, „Österreich im internationalen Gefüge“ sowie „Identität und Erinnerung“. Ein ziemlich konventionelles Raster also, dem man bereits die Intention der Herausgeber anmerkt, bloß keine Wellen oder gar irgendwelche

transdisziplinären Intentionen auszulösen. Inhaltlich betrachtet, nimmt das erste Kapitel »Politik und Demokratie« den mit Abstand meisten Raum ein, in chronologischer Hinsicht liegt ein deutlicher Schwerpunkt auf der Ersten Republik. Während beispielsweise den Parteien der frühen Ersten Republik knapp 40 Seiten gewidmet werden, fehlen Beiträge zur Parteiengeschichte nach 1945 völlig, was zur Folge hat, dass wir zwar einiges über den Landbund (verfasst ausgerechnet von Lothar Höbelt, dem Parteihistoriker der FPÖ) erfahren, hingegen nichts über den VdU, die FPÖ, die Grünen, das Liberale Forum oder das BZÖ. Ganze zwölf Seiten gestanden die Herausgeber Brigitte Bailer-Galanda, der Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, zu, um über »1938–1945: Verfolgung und Widerstand« zu berichten. Sie war dadurch gezwungen, die „Entrechtung – Beraubung – Vertreibung – Ermordung“ (S. 116) der österreichischen Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten auf ziemlich genau zwei Seiten abzuhandeln. Auch der Artikel von Albert Lichtblau über „Die jüdische Bevölkerung Österreichs in der Ersten und Zweiten Republik“ beschränkt sich auf die lapidare Feststellung: „Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme 1938 zog die Politik eines Kontinuums der Gewalt ein [...]“ (S. 370). Der Beitrag zur Geschichte des Österreichischen Hospizes in Jerusalem hingegen, dessen Sinnhaftigkeit im Kontext dieses Bandes sich auch nach mehrmaligem Lesen nicht erschließt, aber von einem ehemaligen Sektionschef im Bundeskanzleramt verfertigt wurde, umfasst sechs Seiten (S. 407–412).

Aber selbst für die Zeit vor 1938 hinterlässt der Band merkwürdige Leerstellen. So widmet sich kein Artikel der zunehmenden Frontstellung zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen in den 1920er Jahren oder einer Innenansicht des Austrofaschismus; der Bürgerkrieg vom Februar 1934 ist ebensowenig ein Thema wie der nationalsozialistische Putsch vom Juli 1934, dem immerhin ein Bundeskanzler zum Opfer fiel.

Auffallend ist darüber hinaus, dass der Band auf die Analyse rezenter Konjunkturthemen wie zum Beispiel Frauen- und Gleichstellungspolitik, Umweltpolitik oder Integrationspolitik völlig verzichtet. Ausländerinnen und Ausländer kommen überhaupt nur in dem Aufsatz „Migration und Zwangsmigration in Österreich“ (S. 101–113) vor, der sich im Wesentlichen auf die Aufzählung der „Flüchtlingswellen“ nach 1945 beschränkt, den wertvollen Hinweis macht, dass man heute nicht mehr „Gastarbeiter“, sondern „Einwanderer“ sagt (S. 111) und die österreichische Asylgesetzgebung wohlwollend kommentiert („Die Einführung von Einreisevisa und das Prinzip der Drittlandsklausel sind wohl die bekanntesten Methoden, mit denen man Flüchtlinge zurückweisen kann, bevor sie noch das Staatsgebiet betreten haben“, S. 112).

Das Kapitel „Österreich im internationalen Gefüge“ schließlich folgt überhaupt keiner inhaltlichen Systematik. Einmal geht es um „Österreich und

seine Nachbarn 1918–1938“, dann um das Deutschlandbild in Österreich und umgekehrt, dann wieder um die internationalen Beziehungen zwischen Österreich und Frankreich bzw. Italien, sodann um US-amerikanische Österreich-Stereotypen sowie um die US-amerikanische Sicht der Ersten Republik. Am Ende dieses Kapitels obliegt Michael Gehler die undankbare Aufgabe, diesen Rübenacker unter dem Titel »Europa- und Integrationspolitik« halbwegs zu planieren. Spätestens hier wird die Beliebigkeit, mit der die Beiträge für diesen Band zusammengeschustert wurden, ärgerlich.

Das abschließende, völlig lieblos kompilierte Kapitel „Identität und Erinnerung“ setzt den definitiven Tiefpunkt des Sammelbandes. Während Peter Diem tut, was er immer tut – nämlich von Österreichs Symbolen zu berichten –, beschäftigen sich die übrigen drei Beiträge dieses Abschnitts mit dem Kleinstaat-Problem und der Infragestellung der Überlebensfähigkeit des Landes nach 1918, mit dem Leider-nein-Staatsfeiertag am 12. November und mit dem angeblichen, aber nicht belegten Ausspruch des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau in den Vertragsverhandlungen von St. Germain, „L’Autriche, c’est le reste“. Das Kapitel „Identität und Erinnerung“ referenziert somit ausschließlich auf die Erste Republik und lässt die weit relevanteren, weil gesellschaftlich immer noch wirksamen erinnerungspolitischen Topoi wie die Sozialpartnerschaft, entstanden aus dem „Geist der Lagerstraße“, den Mythos von Österreich als „erstem Opfer“ der nationalsozialistischen Aggression oder die Frage der „Pflichterfüllung“ im Zusammenhang mit der Waldheim-Affäre völlig unberücksichtigt. So viel editorische Fahrlässigkeit ist schon erstaunlich.

Das Haus der Geschichte, so scheint es, ist Geschichte. Zwar legte ein Team von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern um die Museumsgestalterin Claudia Haas im März 2009 ein »Feinkonzept« vor, von einer Veröffentlichung hat das Bundeskanzleramt, Auftraggeber der Studie, bisher aber Abstand genommen. Obwohl das Projekt Bestandteil jedes Regierungsprogramms der letzten zehn Jahre war, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann im Juni 2011, dass dafür auch im Jahr 2012 kein Geld zur Verfügung stehen werde. Somit ist das Vorhaben wohl gestorben. In Unkenntnis des Haas’schen Konzepts und in Anbetracht dessen, was die ÖVP für einen historiografischen „Meilenstein“ hält – nämlich den hier besprochenen Band –, vielleicht gar nicht die allerschlechteste Variante.